



Pressemitteilung Nr. 23/2013

Ombudsfrau begrüßt, dass Kommission die Finanzierung spanischer Fußballclubs untersucht

18. Dezember 2013

Der Europäische Bürgerbeauftragte untersucht Beschwerden über Missstände in den Verwaltungen der EU-Organen und -Institutionen. Alle Bürger, Einwohner, Unternehmen oder Verbände in einem Mitgliedstaat können sich beim Bürgerbeauftragten beschweren. Der Bürgerbeauftragte bietet eine schnelle, flexible und kostenlose Möglichkeit zur Lösung von Problemen mit EU-Behörden.

Für weitere Informationen:
www.ombudsman.europa.eu

Twitter:
[@EUombudsman](https://twitter.com/EUombudsman)

Kontakt:
Gundi Gadesmann,
Stellvertretende Leiterin
der Kommunikations-
Abteilung

T. +32 2 284 26 09

gundi.gadesmann@ombudsman.europa.eu

Die Europäische Ombudsfrau, Emily O'Reilly, hat die Entscheidung der Europäischen Kommission begrüßt, eine Untersuchung über mutmaßlich unfaire Steuervorteile für einige spanische Fußballclubs einzuleiten. Dabei handelt es sich um Real Madrid CF, Barcelona CF, Athletic Club Bilbao und Club Atlético Osasuna. Die Ombudsfrau hatte zuvor die Kommission aufgefordert, nicht länger eine Entscheidung über eine entsprechende Beschwerde von Investoren anderer europäischer Fußballclubs hinauszuzögern.

Emily O'Reilly erklärte: „Ich bin froh, dass die Kommission nach einer Verzögerung von mehr als vier Jahren endlich in diesem Fall aktiv wurde. Die europäische Öffentlichkeit muss sehen können, dass die Kommission Bedenken über die Verletzung der EU-Regeln über staatliche Beihilfen schnell aus dem Weg räumt. Es ist nicht meine Aufgabe, die Richtigkeit der Vorwürfe zu überprüfen. Ich bin aber zufrieden, dass die Kommission nun die Fakten untersucht und damit jeden Verdacht eines Interessenkonflikts ausräumt.“

Die Steuervorteile liegen bei mehreren Milliarden Euro

Der Beschwerdeführer beschwerte sich 2009 bei der Kommission, Spanien verletze die EU-Regeln über staatliche Beihilfen, indem es vier spanischen Fußballclubs unfaire Steuervorteile gewähre. Ihm zufolge liegen diese Vorteile bei mehreren Milliarden Euro. Er wies auch darauf hin, dass Spanien diese Steuervorteile in Zeiten gewähre, in denen es hunderte von Milliarden Euro von Steuerzahlern der Eurozone fordere.

Normalerweise hat die Kommission zwölf Monate Zeit, um über die Eröffnung von Vertragsverletzungsverfahren zu entscheiden. In diesem Fall verstrichen mehr als vier Jahre ohne Entscheidung. Die Kommission verkündete heute offiziell die Eröffnung einer Untersuchung.

Die Zusammenfassung der Empfehlung finden Sie unter:

<http://www.ombudsman.europa.eu/en/cases/correspondence.faces/en/52874/html.bookmark>

